

# PRESSEERKLÄRUNG

Thema: Dresdner Bahn

Datum: 17. Mai 2017

## **GRAF/ FRIEDERICI/ BENTELE: Teilung Lichtenrades verhindern – Senat muss sich dringend für eine Tunnellösung aussprechen.**

Florian Graf, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, und Hildegard Bentele, Lichtenrader Wahlkreisabgeordnete der CDU-Fraktion, erklären:

„Das Drama um die Untertunnelung Lichtenrades zieht sich bereits seit 20 Jahren durch die Berliner Verkehrsgeschichte. Im Juni wird das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Klage von Anwohnern gegen das Planfeststellungsverfahren erwartet. Gemeinsam mit vielen Lichtenradern tritt die CDU-Fraktion Berlin für die Tunnellösung der Dresdner Bahn ein. Erneut haben wir für die morgige Plenarsitzung einen Parlamentsantrag in das Abgeordnetenhaus von Berlin eingebracht, um den Senat zu einer eindeutigen Position im Sinne der 50.000 betroffenen Menschen in Lichtenrade zu bewegen.

Eine ebenerdige Trassenführung birgt eine ganze Reihe von Nachteilen, welche die Lebensqualität der Menschen massiv verschlechtern würden. So werden die Ortsteile Ost und West durch die Trasse getrennt. Damit bricht die gewachsene Struktur unweigerlich auseinander. Symbolisiert würde diese Teilung durch meterhohe Schutzwände.

Wir sind bereit und fordern die Bereitschaft auch vom rot-rot-grünen Senat ein, die Mitfinanzierung einer solchen Lösung aus Landesmitteln zu begleiten. SPD, Linke und Grüne sind aufgefordert Lippenbekenntnisse einzulösen und für die Tunnellösung aktiv zu werben. Die CDU-Fraktion setzt darauf, dass den Bewohnern des Stadtrands neben der wahrscheinlichen Belastung durch Fluglärm nicht auch noch zusätzliche Verkehrsprobleme aufgeladen werden. Das Ergebnis der Ausschussberatungen muss aus unserer Sicht lauten, dass sich der Senat gegenüber der Deutschen Bahn AG und dem Bundesverkehrsministerium klar und unmissverständlich für eine Tunnellösung für die Dresdner Bahn in Lichtenrade einsetzt. Erforderlich ist ein öffentliches Bekenntnis mit der verbindlichen Zusage, dass Berlin sich an den Mehrkosten der Tunnellösung finanziell beteiligt und trotz der Verzögerungen, die sich aus der teilweise erforderlichen Neuplanung ergeben, den Tunnel will.“